

339/A(E) XXI.GP
Eingelangt am: 30.11.2000

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Abgeordneten Mag. Johann Maier, Dr. Antoni
und GenossInnen
betreffend Informations - und Maßnahmenpaket zur Konsumentenerziehung

Mit der Beschlussfassung des vorliegenden Kindschaftsrechts - Änderungsgesetzes 2001 wurde unter anderem auch die Altersgrenze für die Erreichung der Volljährigkeit herabgesetzt, sowie die Geschäfts - und Handlungsmöglichkeiten mündig Minderjähriger erweitert. Diese Neuregelungen entsprechen einerseits einer internationalen Tendenz sowie andererseits auch der zunehmenden Reife junger Erwachsener. Trotzdem dürfen die damit verbundenen möglichen zivil - und haftungsrechtlichen Probleme nicht übersehen werden, da die Erfahrungen der österreichischen Schuldnerberatungen eine klare Tendenz zeigen, wonach eine "Schuldnerkarriere" zunehmend in jüngeren Jahren beginnt. So sind Kontoüberziehungsmöglichkeiten von vielen mündigen Minderjährigen oft als "Einstiegsdroge" in die Verschuldung zu sehen.

Bedauerlicherweise war die österreichische Bundesregierung bislang nicht bereit, legislative Maßnahmen vorzusehen, die der Verschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener entgegenwirken (z.B. Nichtigkeit von Verbraucherkreditverträgen, Leasingverträge oder Bürgschaftsverträge von Minderjährigen). Gerade junge Erwachsene wie auch Minderjährige sind aber auch zumeist über die Risiken eines Vertragsabschlusses, insbesondere über die damit verbundenen Rechte und Pflichten kaum informiert. Durch die vorgenommene Änderung des Kindschaftsrechts - Änderungsgesetzes wird dieses Problem noch verstärkt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert, möglichst rasch nach Inkrafttreten des Kindschaftsrechts - Änderungsgesetzes 2001 gemeinsam mit dem Bundesminister für Justiz ein Informations - und Maßnahmenpaket zur Konsumentenerziehung - in dem insbesondere die Problembereiche der Handlungs - und Geschäftsfähigkeit von (mündig) Minderjährigen und jungen Erwachsenen behandelt werden - für alle Schultypen zu erarbeiten, damit dies spätestens im Schuljahr 2001/2002 in den einzelnen Lehrfächern (Unterrichtsprinzip Konsumentenerziehung) bereits eingesetzt werden kann.“

Zuweisungsvorschlag: Unterrichtsausschuss